

Juni 2019

Bericht

Europabüro Brüssel

Europa-Befürworter gewinnen Europawahlen 2019

Wahlen zum 09. Europäischen Parlament, Mai 2019

Dr. Hardy Ostry, Mathias Koch

Aus den Europawahlen vom 23. bis 26. Mai 2019 geht ein heterogeneres Parlament hervor, in dem jedoch proeuropäische Parteien der Mitte weiterhin über eine große Mehrheit verfügen. Europagegner machen in einigen Mitgliedstaaten teils deutliche Fortschritte, können ihre Position aber global betrachtet nicht nennenswert stärken. Erstmals in der Geschichte der Wahlen zum Europäischen Parlament steigt die Wahlbeteiligung.

Ergebnisse der Europawahl

Nach der Wahl zum neunten Europäischen Parlament stellen Parteien der Mitte weiterhin die größten Fraktionen: Die Europäische Volkspartei (EVP) bildet mit 179 Mandaten (entspricht 23,9 Prozent der Mandate) die größte Fraktion, gefolgt von der sozialdemokratischen S&D (153 Mandate; 20,4 Prozent), der liberalen ALDE (106 Mandate; 14,1 Prozent) und den Grünen (74 Mandate; 9,9 Prozent). Das Parlament hat eine Gesamtgröße von 751 Abgeordneten, sodass eine Mehrheitskoalition auf mindestens 376 Sitze kommen muss.

Beide großen politischen Gruppen verlieren Sitze im Vergleich zur vorhergehenden Legislaturperiode (EVP -37 Abgeordnete; S&D -32 Abgeordnete). Erreichten die beiden Gruppen bei der Europawahl 1999 gemeinsam zwei Drittel der Mandate, liegt ihr gemeinsames Resultat nun bei nur noch 42

Prozent. Die traditionelle Aufteilung der politischen Macht im Parlament zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten geht weiter zurück.

Das neue Parlament ist somit heterogener, und für erfolgreiche Gesetzgebung werden breitere Mehrheiten als bisher nötig sein. Neben den beiden stärksten Gruppen, an denen rechnerisch kein Weg vorbei führt, werden besonders die Liberalen und die Grünen eine wichtige Rolle spielen müssen.

Die Wahlbeteiligung stieg erstmals in der Geschichte des Europäischen Parlaments an und lag bei 51,0 Prozent (2014: 42,6 Prozent). Besonders in Deutschland, Spanien, Österreich, Tschechien, Polen und Rumänien gaben deutlich mehr Menschen ihre Stimme ab als bei der vorhergehenden Wahl.

Europaskeptische und europafeindliche Parteien haben in einigen Ländern teils deutliche Zugewinne gemacht. Europaweit haben diese Parteien aber weniger stark hinzugewonnen, als dies im Vorfeld der Wahl von Beobachtern prognostiziert wurde. Vor allem die italienische Lega gewinnt massiv und wird künftig 28 Europaabgeordnete stellen (aktuell 6). Die polnische PiS baut ihr bereits starkes Ergebnis aus und schickt 27 Abgeordnete nach Brüssel. Auch in Belgien, Schweden, Estland und Tschechien gewinnen Parteien aus dem europakritischen Spektrum. In Frankreich bleibt

der Rassemblement National (RN) mit 22 Sitzen unverändert stark. Auch die deutsche AfD und die österreichische FPÖ halten ihre Ergebnisse weitgehend konstant.

Die Teilnahme des Vereinigten Königreichs an den Wahlen führt zu einer Sondersituation. Das Vereinigte Königreich befindet sich in einem Austrittsprozess, der ursprünglich vor den Wahlen hätte abgeschlossen werden sollen. Aufgrund schwerer innenpolitischer Verwerfungen konnte der Austritt jedoch nicht planmäßig vollzogen werden, und das Vereinigte Königreich war als noch-Mitglied dazu verpflichtet, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Die britischen Wähler fügten der regierenden konservativen Partei eine schwere Wahlniederlage zu. Mit über 30 Prozent der Stimmen wurde die Brexit-Partei klar stärkste Kraft. Sie ist aus wesentlichen Teilen der UKIP hervorgegangen, einer Partei, die maßgeblich zur Herbeiführung und zum positiven Ausgang des Brexit-Referendums beigetragen hat.

Die 73 gewählten britischen Abgeordneten erhalten ihr Mandat jedoch nur bis zum britischen Austritt. Anschließend ist eine Verkleinerung des Parlaments auf 705 Sitze geplant, wobei die übrigen freiwerdenden Sitze zum Teil auf aktuell unterrepräsentierte Mitgliedstaaten verteilt werden. Zum Brexit-Tag würde sich das Parlament somit noch einmal wesentlich verändern: Neben dem Wegfall der Brexit-Partei verlören insbesondere Sozialdemokraten, Liberale und Grüne die im Vereinigten Königreich gewonnen Mandate. Die EVP, die keine Mitgliedspartei im Vereinigten Königreich hat, gewinnt jedoch durch die Umverteilung der Sitze einige Mandate hinzu.

Bildung der Fraktionen im Europaparlament

Bis zur konstituierenden Sitzung des Parlaments geht es nun zunächst um die Frage, in welchen Fraktionen sich die gewählten Abgeordneten zusammenschließen. Eine Fraktion muss mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedstaaten umfassen. Den Fraktionen kommt eine wichtige Rolle bei der Besetzung von Ausschussvorsitzenden und anderen Posten zu. Traditionell fluktuiert die Anzahl der Fraktionen zwischen sieben und zehn.

In Erwartung deutlicher Zugewinne der Europakritiker wurde die Möglichkeit diskutiert, die aktuell in mehreren Fraktionen konstituierten Parteien dieses Lagers könnten sich in einer Fraktion zusammenschließen. Als Wortführer der Europakritiker hat sich Matteo Salvini hervorgetan, Vorsitzender der italienischen Lega. Einen Monat vor der Wahl gründete Salvini eine neue politische Gruppe, die Europäische Allianz der Völker und Nationen (EAPN). Bisher haben 15 europäische Parteien ihre Intention erklärt, der Allianz beizutreten, darunter der französische RN, die deutsche AfD, die österreichische FPÖ und der belgische Vlaams Belang. Insgesamt kommen die Parteien, die sich als EAPN formieren wollen, auf 73 Mandate im neu gewählten Parlament. Die EAPN wäre somit nahezu gleich groß wie die Fraktion der Grünen.

Die polnische PiS und die britische Brexit-Party werden sich dagegen nicht an Salvinis Allianz beteiligen. Eine Zusammenarbeit mit dem RN schließen beide Parteien wegen dessen langjähriger Geschichte im rechts-extremen Bereich aus. Auch andere Bruchlinien zeichnen das eurokritische Milieu aus: Während Parteien wie der RN, die FPÖ und die AfD den Austausch mit Russland suchen und teilweise von dort unterstützt werden, sieht die PiS in Russland einen Gegenspie-

ler. Auch in der Frage der Haushaltsdisziplin gibt es Unterschiede zwischen Lega und den übrigen Parteien.

Auf Seiten der pro-europäischen Mehrheit ist vor allem der Einzug der französischen La République en Marche (LREM), der Partei des französischen Präsidenten Macrons, eine wesentliche Neuheit. Nach Monaten der Spekulation erklärte Macron, er wolle mit seiner Partei einer neugegründeten liberalen Fraktion beitreten. Seitens der EVP herrscht Unklarheit über den Verbleib der ungarischen Fidesz. Aufgrund der teils scharfen Rhetorik des ungarischen Premierministers Viktor Orbán gegen die EU und ihre Vertreter ist das Verhältnis zur europäischen Parteifamilie seit längerem ein schwieriges. Vor der Wahl einigten sich Fidesz und EVP, die Mitgliedschaft der ungarischen Regierungspartei zunächst zu suspendieren. Nach der Wahl schafften sich offizielle Stimmen aus Budapest Gehör, demnach Fidesz in der EVP bleiben wolle.

Besetzung wichtiger Ämter

Die Wahlen zum Europäischen Parlament bilden den Ausgangspunkt für die Neubesetzung der EU-Spitzenpositionen. Neben einem neuen Kommissionspräsidenten (aktuell Jean-Claude Juncker), dem Amt, über das aktuell besonders diskutiert wird, braucht die EU bis Ende des Jahres zudem einen neuen Präsidenten des Europäischen Parlamentes (aktuell Antonio Tajani), einen neuen Präsidenten des Europäischen Rates (aktuell Donald Tusk), sowie einen neuen Präsidenten der Europäischen Zentralbank (aktuell Mario Draghi). Auch das Amt des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik (aktuell Federica Mogherini) ist begehrt und wird zwischen den Mitgliedstaaten umstritten sein.

Vor der Wahl hatten mehrere Parteifamilien Spitzenkandidaten nominiert, die im Falle eines Wahlsieges zum Kommissionspräsi-

denten gewählt werden sollen. Dieser Spitzenkandidaten-Prozess ist jedoch hoch umstritten. Nach den EU-Verträgen obliegt es dem Europäischen Rat, unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses einen Kommissionspräsidenten vorzuschlagen, der anschließend im Parlament mit Mehrheit gewählt wird. Die wichtigsten politischen Gruppen wiederum haben klar zu erkennen gegeben haben, dass für sie nur die nominierten Spitzenkandidaten in Frage kommen.

Der Spitzenkandidat der EVP, Manfred Weber, geht gestärkt aus dem Wahlgang hervor. Er genießt die Unterstützung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und einiger weiterer Regierungschefs. Die EVP betont, dass durch die Wahl Webers, des langjährigen Fraktionsvorsitzenden, erstmals eine Person aus dem Parlament zum Kommissionspräsidenten gewählt und so die demokratische Legitimität der EU gestärkt würde. Regierungschefs anderer Parteien, vor allem Emmanuel Macron, sehen Webers Kandidatur kritisch.

Bei einem informellen Treffen des Europäischen Rates zwei Tage nach der Wahl wurde das weitere Vorgehen diskutiert. Ratspräsident Tusk betonte dabei die Notwendigkeit, bei der Besetzung der Positionen einen Ausgleich nach Partei, Herkunft, Demografie und Gender herbeizuführen. Besonders letzter Punkt fand breite Zustimmung: Ziel ist somit klar, zumindest zwei der wichtigsten Ämter mit einer Frau zu besetzen.

Eine aussichtsreiche Kandidatin ist Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager, deren Partei der ALDE-Familie angehört. Vestager war jedoch keine Spitzenkandidatin im engeren Sinne, sondern nur als Team von der ALDE-Partei nominiert. Indem sie keinen einzelnen Spitzenkandidaten aufstellte, versuchte ALDE das Spitzenkandidaten-System zu unterminieren. Erst in den Tagen nach der Wahl erklärte Vestager

öffentlich, dass sie für das Amt des Kommissionspräsidenten zur Verfügung stehe.

Wie die komplexe Verhandlung über die Besetzung der Positionen ausgeht, ist aktuell offen. Auf Seiten des Parlaments arbeiten die Vertreter der großen Fraktionen an einer Mehrheit, die einen gemeinsamen Spitzenkandidaten stützen soll. Seitens des Europäischen Rates ist Donald Tusk damit beauftragt, die Lage in Einzelgesprächen mit den Regierungschefs zu sondieren.

Einigkeit herrscht aktuell in zumindest einem Punkt: Eine offene Konfrontation zwi-

schen den EU-Institutionen soll in jedem Fall verhindert werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)